

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
Übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 15. Dezember 1989

Blatt 2898

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

Erkrankungen an bakterieller Ruhr: Volksschule wieder geöffnet, Kindergarten gesperrt  
(2899/FS: 14.12.)

Auszeichnungen für Brandeinsatz im Pflegeheim Klosterneuburg (2900/FS: 14.12.)

Der 10-millionste Besucher auf dem Donauturm (2901)

Kinderbetreuung vor Weihnachten im Jugendkulturzentrum „Töne“ (2902)

Wiener Adventzauber schenkt Kindern einen „zauberhaften“ Nachmittag (2902)

Stacher legt Entwurf des Zielplanes für Gesundheitsversorgung vor (2903-2907)

Ehrungen für verdiente Bezirkspolitiker (2908)

Ratgeber für junge Paare (2910)

Wiener Gemeinderat (2911-2913)

Wiener Landtag (2914-2915)

Geänderte Verkehrsführung in der Seilerstätte (2916)

Schule wegen Salmonellen gesperrt (2916)

Zweite Sitzung des Wiener Gemeinderats (2917ff)

### Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing (2908)

### Kultur:

Freier Eintritt für tschechoslowakische Besucher in Museen der Stadt Wien bis 7. Jänner (2909)

„Moskau — Wien — New York“ noch bis 17. Dezember (2909)

## **Erkrankungen an bakterieller Ruhr: Volksschule wieder geöffnet, Kindergarten gesperrt**

Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Die seitens der Gesundheitsbehörden infolge aufgetretener Ruhrerkrankungen gesperrte Volksschule 11., Florian-Hedorfer-Straße 20, ist seit gestern, Mittwoch, geöffnet und kann von jenen Kindern, bei denen die Untersuchungsergebnisse negativ waren, wieder besucht werden. Bis Donnerstag wurde festgestellt, daß insgesamt 27 Kinder, zwei Lehrpersonen und 15 Familienangehörige — davon sechs Kinder — an Ruhr erkrankt sind. Ebenfalls wieder geöffnet wird ab morgen Freitag auch der gesperrt gewesene Hort 11., Kaiser-Ebersdorfer-Straße 88. Hingegen haben die Gesundheitsbehörden verfügt, daß der nichtstädtische Kindergarten am Bleriotweg gesperrt wird und voraussichtlich erst nach dem 19. Dezember wieder seinen Betrieb aufnimmt. Die Ursache dafür ist ein an bakterieller Ruhr erkranktes Kind, wobei es sich nach Aussage der Gesundheitsbehörden lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme handelt.

### **Salmonellenerkrankungen im 2. Bezirk**

Mittlerweile liegt auch das vorläufige Untersuchungsergebnis des Gesundheitsamtes bezüglich der aufgetretenen Salmonellenerkrankungen in der Ganztagschule 2., Aspernallee 5, vor: Bei 63 untersuchten Kindern wurden in 52 Fällen Salmonellenerkrankungen festgestellt. Ebenfalls davon betroffen sind drei Lehrpersonen sowie zwei Küchenbedienstete. Die Infektion ist, nach Auskunft des Gesundheitsamtes, nach dem Genuß von Brötchen aus einer Bäckerei in der Nähe des Pratersterns aufgetreten.

Für verunsicherte oder beunruhigte Eltern besteht die Möglichkeit, sich im Gesundheitsamt unter der Telefonnummer 531 14/ Durchwahl Klappe 525 über Symptome, aber auch Ausbreitung dieser Infektionen zu informieren. (Schluß) zi/rr

Bereits am 14. Dezember 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Auszeichnungen für Brandeinsatz im Pflegeheim Klosterneuburg**

**Stacher überreichte Einsatzmedaillen des Landes Wien**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Donnerstag nachmittag im Pflegeheim der Stadt Wien in Klosterneuburg Einsatzmedaillen des Landes Wien an 54 Personen, die bei dem Brand im Pflegeheim im vergangenen August eine besondere Einsatzbereitschaft bewiesen hatten.

Bei den Ausgezeichneten handelt es sich um Mitarbeiter des Pflegeheimes, des Roten Kreuzes, der Gendarmerie und einer Reihe Freiwilliger Feuerwehren. Dankesurkunden erhielten die Gendarmerie Klosterneuburg, die Bezirksstellen des Roten Kreuzes in Klosterneuburg, Purkersdorf, Großweikersdorf und Tulln sowie die Freiwilligen Feuerwehren von Klosterneuburg, Gugging, Kierling, Höflein, Kritzendorf, Weidling und Weidlingbach und die Freiwilligen Betriebsfeuerwehren des Landeskrankenhauses Gugging, des Stiftes Klosterneuburg und der Firma Inku.

Bei dem Brand am 5. August waren zwei Pflegeheiminsassinnen ums Leben gekommen. Durch das rasche Eingreifen der Spitalsmitarbeiter, des Roten Kreuzes, der Freiwilligen Feuerwehren und der Gendarmerie konnte ein noch größeres Unglück verhindert werden. Die Brandursache blieb ungeklärt. Die Räumlichkeiten der durch den Brand beschädigten Station konnten am 2. Oktober wieder in Betrieb genommen werden. (Schluß)  
sc/bs

Bereits am 14. Dezember 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Der 10-millionste Besucher auf dem Donauturm**

Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Auf dem Wiener Donauturm, der im vergangenen April 25 Jahre alt geworden ist, wurde am Donnerstag der 10-millionste Besucher begrüßt. Es war dies der Wiener Kommerzialrat Josef ADLER, ein Stammgast der „höchsten Wiener Gastlichkeit“.

Im Durchschnitt verzeichnete der Donauturm in den 25 Jahren seines Bestehens rund 400.000 Besucher pro Jahr, das sind immerhin rund 1.100 pro Tag. Für heuer erwartet man etwa 530.000 Gäste auf dem Turm, der sich vor allem bei ausländischen Reisegruppen großer Beliebtheit erfreut. In der „Hitparade“ der Wiener Sehenswürdigkeiten rangiert der Donauturm an dritter Stelle hinter dem Schloß Schönbrunn und dem Riesenrad. (Schluß)  
red/bs

## **Kinderbetreuung vor Weihnachten Im Jugendkulturzentrum „Töne“**

Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Eltern können in Ruhe ihre letzten Weihnachtsvorbereitungen treffen, und den Kindern wird die Zeit des Wartens auf vergnügliche Weise verkürzt: Beides ermöglicht die vorweihnachtliche Kinderbetreuungswoche des Jugendkulturzentrums „Töne“.

Von Montag, den 18. Dezember, bis Freitag, den 22. Dezember, wird Kindern kostenlos von 14 bis 19 Uhr ein abwechslungsreiches Programm inklusive Jause geboten.

Neben zahlreichen Spielangeboten gibt es täglich um 15 Uhr Videovorführungen. In diesem „Weihnachtskino“ werden gezeigt:

- Montag, 18. Dezember: „Emil und die Detektive“,
- Dienstag, 19. Dezember: „Das doppelte Lottchen“,
- Mittwoch, 20. Dezember: Charlie Chaplin,
- Donnerstag, 21. Dezember: „Pippi Langstrumpf“,
- Freitag, 22. Dezember: „Flußfahrt mit Huhn“,

Zum Abschluß findet am Freitag von 16.30 bis 19 Uhr die große Weihnachts-Kinderdisco statt.

Das Jugendkulturzentrum „Töne“ befindet sich in Wien 19, Grinzingerstraße 86, Telefon: 37 51 35. (Schluß) emw/rr

## **Wiener Adventzauber schenkt Kindern einen „zauberhaften“ Nachmittag**

Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 18. Dezember, verschenkt der Weihnachtsmann insgesamt 1.000 Gutscheine an Kinder, die einen „zauberhaften“ Nachmittag im Wiener Rathauspark und in der Volkshalle verbringen wollen.

Zwischen 14 und 16 Uhr am Montag, den 18. Dezember, können diese Gutscheine beim Weihnachtsmann in der Volkshalle bzw. in der Hütte beim großen Christbaum am Christkindlmarkt abgeholt und am selben Nachmittag noch eingelöst werden. Verschenkt werden jeweils eine Portion Maroni oder Bratkartoffel, ein Glas heiße Milch mit Honig und entweder eine Runde Ponyreiten oder eine Fahrt mit dem Bähnle aus Vorarlberg durch den bunt geschmückten Rathauspark. (Schluß) red/bs

## **Stacher legt Entwurf des Zielplanes für Gesundheitsversorgung vor**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER legte heute, Freitag, dem Wiener Gemeinderat den Entwurf für einen neuen „Zielplan für die Gesundheits- und Krankenversorgung in Wien“ in Form einer Mitteilung zur weiteren Beratung vor. In den nächsten Monaten soll dieser Entwurf ausführlich diskutiert und dann vom Wiener Gemeinderat beschlossen werden.

1975 beschloß der Wiener Gemeinderat einstimmig den ersten „Zielplan für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien“. Diesem Plan folgten ein Gesundheitsplan 1977, ein Seniorenbericht 1978, der „Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung“ 1979 und der zweite „Zielplan für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien“ 1983. Jeder dieser Zielpläne erfaßte nur Teilgebiete des Gesundheitswesens der Stadt Wien.

### **Alle Bereiche des Gesundheitswesens im neuen Zielplan**

Der neue „Zielplan für die Gesundheits- und Krankenversorgung in Wien“ umfaßt erstmalig alle Bereiche des Gesundheitswesens der Stadt. Er enthält die Entwicklungen der letzten Jahre, die Prognosen bis zum Jahr 2000 und die heute absehbaren Wege zur Verwirklichung der angegebenen Ziele. Stacher: „Aus heutiger Sicht hat die Stadt Wien die Chance, nach Umsetzen des Plans über eine erstklassige, regional betonte Krankenversorgung innerhalb und außerhalb der Spitäler zu verfügen. Diese Krankenversorgung muß mit den dezentralen Einrichtungen zur Gesundheitsförderung und Gesunderhaltung eng verbunden sein. So, das ist meine Überzeugung, wird es möglich sein, die Chancengleichheit für alle Wienerinnen und Wiener im Gesundheitswesen tatsächlich herzustellen.“

Der neue Zielplan kann natürlich sowohl quantitativ wie auch qualitativ nur den gewünschten Rahmen abstecken. Er stellt damit aber eine wichtige Entscheidungshilfe für die künftige Entwicklung dar. Auf 172 Seiten (ohne Anhang) behandelt der Zielplan unter anderem die Bevölkerungsentwicklung in Wien (der Plan geht von einer Einwohnerzahl von 1,5 Millionen im Jahr 2000 aus), Morbidität und Mortalität, die Rechtsstrukturen des Gesundheitswesens, die Gesundheitsdeklaration des Wiener Gemeinderats, Förderung und Erhaltung der Gesundheit, Verhütung und Früherkennung von Krankheiten, Patientenrechte, die nichtstationäre und stationäre Krankenversorgung in Wien, die Pflege alter oder behinderter Menschen und die Arzneimittelversorgung.

### **Rechtswesen und Patientenrechte**

Der Zielplan beschäftigt sich auch mit den Rechtsstrukturen des Gesundheitswesens. Derzeit überprüft eine von der Stadt Wien geschaffene Arbeitsgruppe die Gesetze auf Praktikabilität und wird dem Gesetzgeber Vorschläge zu notwendigen Änderungen übermitteln. Folgende Änderungen erscheinen dringlich:

- Klarstellung der Tätigkeit für Ärzte in Ausbildung (Ärztegesetz, Krankenanstaltengesetz),
- Delegation der ärztlichen Tätigkeit (Injektionen, Infusionen usw.) an Pflegepersonen (Ärztegesetz, Krankenpflegegesetz),
- Ausbildung des Pflegepersonals (Krankenpflegegesetz),
- Klarstellung der Hauskrankenpflege (Hauskrankenpflegegesetz),
- Mitsprache der Bundesländer bei Schaffung von Planstellen für Kassenärzte.
- Klarstellung der Krankenanstaltenfinanzierung.

Es ist ein gesellschaftliches Anliegen, daß eine eingehende und systematische Befassung mit den Patientenrechten erfolgt. Unter anderem werden

die Voraussetzungen zur Hauskrankenpflege und Rechtsfragen der Intensivmedizin im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten zu diskutieren sein. Von entscheidender Bedeutung ist die verstärkte Information für die Patienten. Nur der Patient, der seine Rechte kennt, ist auch in der Lage, diese entsprechend einzufordern und durchzusetzen.

### **Gesundheitsförderung**

Der Zielplan verweist auf die „Deklaration des Wiener Gemeinderats zur Gesundheitsförderung in Wien“, die — mit den Stimmen aller politischen Parteien beschlossen — die grundsätzlichen gesundheitspolitischen Ziele festlegt. Der Gemeinderat appelliert darin an alle Einrichtungen und Bürger, dem Anliegen der Gesundheitsförderung erhöhte Beachtung und Wichtigkeit zu geben. An alle Dienststellen des Magistrats richtete der Gemeinderat die Aufforderung, in ihrer Tätigkeit auf die Grundsätze und Schwerpunkte der Deklaration über die Gesundheitsförderung Bedacht zu nehmen. Die Gesundheitsförderung umfaßt alle Maßnahmen, die den Schutz, die Erhaltung und die Verbesserung der Gesundheit zum Ziel haben.

Wien nimmt am Projekt „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation teil. Im Rahmen des Projekts „Wien — Gesunde Stadt“ laufen bereits mehrere Aktionen.

- Gesundheitsförderung und Schule,
- Gesundheitsförderung für Ausländerinnen und Ausländer,
- Gesundheitsförderung und Erwachsenenbildung,
- Gesundheitsförderung und Stadtplanung,
- Gesundheitsförderung und Krankenhaus,
- Gesundheitsförderung und Frauenpolitik,
- „Gesundheitsbus“ zur Gesundheitsberatung usw.

Die enge Zusammenarbeit aller Geschäftsgruppen im Projekt „Wien — Gesunde Stadt“ garantiert auch in Zukunft eine Vielzahl von Maßnahmen der Gesundheitsförderung.

### **Verhütung und Früherkennung von Krankheiten**

Ausführlich behandelt der Zielplan auch die Krankheitsverhütung als Angelegenheit jedes einzelnen Bürgers, wobei ihn der Hausarzt und der öffentliche Gesundheitsdienst unterstützen. Die Frequenzen der vorsorge-medicinischen Einrichtungen des Gesundheitsamtes zeigen, daß schon heute ein starkes Bewußtsein für die Notwendigkeit der Gesundheitsvorsorge besteht. Als Aufgaben für die Zukunft werden unter anderem genannt:

- die ständige Anpassung des Mutter-Kind-Passes an neue Erkenntnisse,
- die Gesundheitsaufklärung werdender Eltern,
- der Einsatz besonders geschulter Kindergarten- und Schulärzte,
- Die Forcierung der Vorsorgeuntersuchungen,
- Informationen über Ernährung, Reisen, Kleidung und Wohnen, möglichst in der Nähe des Wohnortes,
- die Einführung von Gesundheitssprechtagen mit besonderer Berücksichtigung umweltmedizinischer Fragen usw.

### **Drei Stufen der Krankenversorgung**

Wie schon in den Zielplänen von 1975 und 1983 festgestellt, strebt Wien eine dreistufige Krankenversorgung an. Für den Großteil der Kranken mit Befindlichkeitsstörungen und leichteren Erkrankungen sollen die niedergelassenen praktischen und Fachärzte die Versorgung voll übernehmen (1. Stufe). Erst wenn dies nicht möglich ist, weil spezielle diagnostische und therapeutische Fragen zu klären oder entsprechende Einrichtungen

---

Forts. von Blatt 2903

---

Forts. auf Blatt 2905

notwendig sind, über die niedergelassene Ärzte nicht verfügen, sollen die Patienten Ambulatorien oder Spitalsambulanzen zugewiesen werden (2. Stufe). Wenn auch damit nicht das Auslangen gefunden wird beziehungsweise der Kranke stationär versorgt werden muß, ist als 3. Stufe der Aufenthalt in einem Krankenhaus erforderlich.

Die Verweildauer in den Wiener Spitälern wurde in den vergangenen Jahren beträchtlich gesenkt. Von 1973 bis 1988 wurden in den Akutkrankenanstalten 1.220 Betten abgebaut. Im Rahmen der Wiener Psychiatriereform wurde die Zahl der psychiatrischen Betten von 4.025 im Jahr 1979 auf heute 1.435 reduziert. Das war nur durch die Schaffung des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste mit seinen regionalisierten psychosozialen Stationen und Wohnheimen möglich, die die Außenbetreuung der Patienten übernahmen. Der gleiche Weg muß bei der Betreuung körperlich Kranker gegangen werden. Die Außenbetreuung durch niedergelassene Ärzte, die Hauskrankenpflege, rehabilitative und soziale Dienste ermöglichen eine Entlastung der Spitäler.

### **Nichtstationäre Krankenversorgung in Wien**

Der Zielplan erhebt die Forderung nach mehr niedergelassenen praktischen Ärzten mit Verträgen der Gebietskrankenkasse. In Wien fehlen, wenn man von dem gültigem Schlüssel ein Arzt pro 1.800 Einwohner ausgeht, 62 solche Praktiker. Im 10. und im 14. Bezirk würden zum Beispiel je acht weitere Praktiker benötigt, um den vorgegebenen Schlüssel zu erreichen. Bei den niedergelassenen Fachärzten gibt es einen Mangel in manchen Fächern und — wie bei den praktischen Ärzten — eine ungleiche Verteilung über die Stadtbezirke.

Die primäre Betreuung soll vom praktischen Arzt geleistet werden, der vermehrt auch präventive Aufgaben (Gesundheitsinformation, Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen) übernehmen soll. Die praktischen Ärzte sollen auch einen regionalen Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienst organisieren, der den bestehenden Notdienst weitestgehend ersetzt. Dem praktischen Arzt muß es aber auch möglich sein, unbürokratisch zusätzliche Dienste, wie Hauskrankenpflege, Heimhilfe usw. (etwa über den Sozialen Stützpunkt), einzusetzen. Zur Erleichterung der Tätigkeit bietet sich die Einrichtung von Gemeinschaftspraxen an. Als weitere strukturelle Verbesserung ist die Förderung von Gruppenpraxen mit den am häufigsten benötigten Fachärzten vorzusehen. Wichtig ist auch die Nachsorge. Hier gilt es, zwischen Krankenhaus, behandelndem Arzt und Patienten ein System aufzubauen, das die Gewähr bietet, notwendige Rehabilitationsmaßnahmen durchzuführen und einen möglichen Rückfall rechtzeitig zu erkennen.

### **Integrierte Hauskrankenpflege**

In der nichtstationären Krankenversorgung kommt in Zukunft der Hauskrankenpflege eine besondere Bedeutung zu. Im Zielplan wird ein Hauskrankenpflegegesetz gefordert, damit die Tätigkeitsmerkmale der Hauskrankenpflege und die fachlichen Voraussetzungen dafür klargestellt werden. Nach dem geltenden Krankenpflegegesetz dürften nur diplomierte Pflegepersonen eingesetzt werden, obwohl für die Grundpflege und einfache pflegerische Hilfe die Ausbildung von geprüften Stationsgehilfinnen oder sogenannten Altenpflegern genügen würde.

Unabhängig von solchen rechtlichen Fragen muß es aber jedenfalls das Ziel sein, eine flächendeckende Hauskrankenpflege zu schaffen, die jedem zur Verfügung steht, der sie benötigt. Dazu sollte eine Gesamtorganisation (Dachorganisation) geschaffen werden. Es wird vorgeschlagen, eine „Gesellschaft für Hauskrankenpflege“ (Fonds) zu gründen, in der die Kostenträger beziehungsweise Leistungsverpflichteten (Sozialversicherung, Sozialhilfe der Stadt, Patienten, Privatversicherungen) sowie Leistungsanbieter (private Vereine, Sozialdienste) vertreten sind. Die Gesell-

---

Forts. von Blatt 2904

---

Forts. auf Blatt 2906



schaft müßte die Normen der Finanzierung, den Bedarf und das Leistungsangebot festlegen sowie die Qualität sichern.

Für die Durchführung der Hauskrankenpflege sollten private gemeinnützige Organisationen herangezogen werden, die für ihre Leistung — wie bei den bestehenden sozialen Diensten — bezahlt werden. Regionale Anlaufstellen, die alle pflegerischen und sozialen Leistungen koordinieren und die Verbindung zu den niedergelassenen Ärzten herstellen, wären auszubauen. So entstünden die gewünschten Sozial- und Gesundheitsregionen (-sprengel). Sie könnten in Zukunft sogar Aufgaben der Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge übernehmen.

### **Stationäre Krankenversorgung in Wien**

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Instrumente zur Verbesserung der Organisation der städtischen Spitäler geschaffen: Kostenstellenrechnung, Computerisierung der Lagerverwaltung, Patientendaten-Erfassungssystem, computerisierte Erfassung des Arzneimittelverbrauchs und die computerisierte Erfassung der Diagnosen nach dem VESKA-Schlüssel. Derzeit werden alle Operationen erfaßt. Die seit Jahren geplante Dezentralisierung mit einer hohen Selbständigkeit der Krankenanstalten gelang — als erster Schritt — am 1.1.1989 mit der Gründung der Magistratsabteilung 16 als selbständige Verwaltung des Allgemeinen Krankenhauses. Hier wird erstmalig eine städtische Krankenanstalt von der Spitalsleitung im Rahmen der vorgegebenen Ziele weitgehend selbständig geführt. Auch für die Verwaltung der anderen städtischen Spitäler muß eine Strukturänderung erreicht werden. Die Spitalsreformkommission kam zu dem gleichen Ergebnis: Zielvorgaben, Koordination der Spitalsleistungen und Kontrolle sollen durch eine Generaldirektion erfolgen, die unmittelbare Durchführung der Verwaltung aber den einzelnen Krankenanstalten vorbehalten sein.

### **Strukturänderungen in den städtischen Spitätern**

Auf Grund der Bevölkerungsdaten, der Krankheitsstatistik und der vorhersehbaren medizinischen Entwicklung, die im Zielplan ausführlich dargelegt wird, ergibt sich für die Wiener Bevölkerung im Jahr 2000 ein Bedarf von 7.268 Betten in den städtischen und von 3.035 Betten in den nichtstädtischen Krankenanstalten. Dazu kommt ein zusätzlicher Bedarf für Gastpatienten von 1.622 Betten in städtischen und von 608 Betten in nichtstädtischen Krankenhäusern. Das ergibt einen Gesamtbedarf von 8.890 Betten in städtischen Spitätern (ohne Psychiatrie), und von 3.643 Betten in nichtstädtischen Spitätern, zusammen also von 12.533 Betten. Die vorhersehbare Entwicklung bedingt naturgemäß Änderungen in der Struktur der verschiedenen Krankenanstalten.

Zusätzlich ergeben sich Strukturänderungen nach der Anfang 1993 abgeschlossenen Besiedelung des neuen Allgemeinen Krankenhauses und nach der stufenweisen Inbetriebnahme des neuen Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost (1992: 544 Betten, 1994: 256 Betten). Die meisten Patienten aus dem 22., aber auch aus dem 21. und 20. Bezirk, die heute in anderen Spitätern behandelt werden, werden dann in das Krankenhaus Ost kommen. Deshalb können dann Betten im westlichen Stadtbereich abgebaut werden. Am Ende dieser Strukturanpassungen steht ein über das Stadtgebiet von Wien relativ gleichmäßig verteiltes Angebot von Spitalsleistungen. Wien verfügt dann über einen Ring von Schwerpunktkrankenanstalten, um die herum jeweils die Außenversorgung organisiert werden kann.

Einige Beispiele für die in den Wiener Krankenanstalten geplanten Änderungen, wie sie der Entwurf für den neuen Zielplan innerhalb des nächsten Jahrzehnts vorsieht:

Forts. von Blatt 2905

Forts. auf Blatt 2907

- **Allgemeines Krankenhaus:** Neue Struktur mit großen zentralen Bereichen bereits beschlossen. Verminderung der Betten in der Dermatologie, Augenheilkunde und Gynäkologie. Neu ist eine Kinderchirurgische Klinik.
- **Poliklinik:** Eine interne und die chirurgische Abteilung mit je 80 Betten sollen nach der AKH-Inbetriebnahme in das Gebäude der II. Chirurgischen und I. Frauenklinik übersiedeln.
- **Elisabeth-Spital:** Ein Pavillon soll in ein Pflegeheim mit 95 Betten und Tageszentrum umgewandelt werden. Reduzierung der geburtshilflich-gynäkologischen, chirurgischen und internen Betten. Eine Langzeitabteilung mit 80 Betten ist bereits zusätzlich in Bau.
- **Krankenhaus Floridsdorf:** Es ist ein Zubau für 100 Pflegeheimbetten zu erwägen.
- **Franz-Josef-Spital:** Eine Aufnahmestation und eine Langzeitabteilung mit 30 Betten werden bereits errichtet, ebenso eine Isotopenstation. 1990 neue Schule für den physiotherapeutischen Dienst. Verkleinerung der chirurgischen, dafür Einrichtung einer orthopädischen Abteilung mit einem Zubau für orthopädische Operationen. Verringerung der Betten in der Infektionsabteilung, dafür Vermehrung der Betten in der Neurologischen Abteilung. Einrichtung einer Reservestation für Infektionskrankheiten (bei Bedarf Einrichtung einer dritten AIDS-Station).
- **Krankenhaus Lainz:** Ausbau der Herz-(Thorax-)Chirurgie. Auffassung einer chirurgischen Abteilung, Verkleinerung der Abteilung für Lungenerkrankungen, der II. Medizinischen, der HNO- und der Augenabteilung; dafür bessere Unterbringung der Patienten, zusätzliche Funktionsräume.
- **Krankenanstalt Rudolfstiftung:** Verkleinerung der dermatologischen, urologischen und gynäkologischen Abteilung, Vergrößerung der neurologischen Abteilung. Schaffung von Funktionsräumen.
- **Wilhelminenspital:** Eine Aufnahmestation wird bereits errichtet. Verringerung der Kinder- und der Kinderinfektionsbetten, Schaffung einer intensiv-neonatologischen Station. Reservepavillon für den Falle einer Epidemie. Verringerung der internen, Vermehrung der neurologischen Betten.
- **Pulmologisches Zentrum:** AIDS-Station in Betrieb, Langzeitstation mit 80 Betten für die orthopädische Abteilung vor Inbetriebnahme.
- **Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel:** Die Hälfte der Betten als Langzeitbetten.
- **Orthopädisches Krankenhaus Gersthof:** Kann nach Inbetriebnahme der orthopädischen Abteilungen im Krankenhaus Ost und im Franz-Josef-Spital einem anderen Zweck zugeführt werden. Gebäude würden sich gut als Rehabilitationszentrum eignen.
- **Mautner-Markhof'sches Kinderspital:** Art der Weiterführung oder Verwendung sollte mit der Inbetriebnahme der internen und chirurgischen Kinderabteilung im Krankenhaus Ost überprüft werden.
- **Gottfried von Preyer'sches Kinderspital:** Die Intensiv-Neonatologie ist auszubauen.
- **Kinderklinik Glanzing:** Kann nach der Umstrukturierung aller neonatologischen Stationen aufgelassen werden (Intensiv-Neonatologie im AKH, Krankenhaus Ost, Wilhelminenspital, Preyer'sches Kinderspital). Würde sich für eine zusätzliche Schwesternschule eignen.

Der Entwurf dieses umfassenden „Zielplans für die Gesundheits- und Krankenversorgung in Wien“ stellt die Grundlage für weitere Beratungen in einer Kommission des Gemeinderates dar und soll nach deren Abschluß vom neuen Gesundheitsstadtrat dem Gemeinderat zur Beschlußfassung zugeleitet werden. Das Ziel des Plans ist es, die Wienerinnen und Wiener so lange wie möglich gesund zu erhalten, im Krankheitsfall aber für alle die bestmögliche, dem jeweiligen Wissen entsprechende Hilfe sicherzustellen. (Schluß) sc/bs

### **Ehrungen für verdiente Bezirkspolitiker**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR überreichte Donnerstag nachmittag, in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Kurt MENGER, im Festsaal der Bezirksvorstehung Rudolfsheim-Fünfhaus, Ehrenzeichen an verdiente Bezirkspolitiker.

Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten die Bezirksräte Erna FRASL, Gernot HAIDER, Wilhelm HARTENTHALER, Josef JAROS, Franz SCHINOGL, Leopold TRONNER und Friederike WINTER sowie Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Martha REICHEL.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten die Bezirksräte Franz BRIA, Karl HÜBEL, Friedrich JOICHL, Gustav KATZBECK, Dr. Rudolf THRON, Waltraud VOTTER, Erich WASL und Kurt WILLENSDORFER. (Schluß) red/bs

### **Sitzung der Bezirksvertretung Penzing**

Wien, 15.12. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung für den 14. Bezirk findet am Mittwoch, dem 20. Dezember, um 16 Uhr im Pflegeheim Baumgarten (Pavillon 4, Mehrzwecksaal), in der Hütteldorfer Straße 188, statt. (Schluß) emw/bs

### **Freier Eintritt für tschechoslowakische Besucher im Museum der Stadt Wien bis 7. Jänner**

Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Der freie Eintritt für tschechoslowakische Besucher in allen Museen der Stadt Wien — inklusive der Sonderausstellungen „Adolf Loos“, „Arnulf Rainer“ im Historischen Museum und „Rudolf“ in der Hermesvilla — gilt bis 7. Jänner 1990. Damit trägt die Stadt Wien dem großen Interesse der tschechoslowakischen Gäste für die Museen und Ausstellungen Rechnung. (Schluß) gab/bs

### **„Moskau - Wien - New York“ noch bis 17. Dezember**

Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Die Ausstellung „Moskau — Wien — New York“ der Wiener Festwochen im Messepalast ist nur noch bis inklusive Sonntag, dem 17. Dezember, zu sehen. Mit 90 Arbeiten von 30 jungen Künstlern aus den drei Metropolen bietet die Schau einen repräsentativen vergleichenden Einblick in die zeitgenössische Kunstszene der drei Städte. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/rr

## **Ratgeber für Junge Paare**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit hat gemeinsam mit dem Verlag Dr. Peter Müller einen Ratgeber für junge Paare herausgebracht. Die neue Broschüre — es ist der elfte Band im Rahmen der Reihe „Gesunder Alltag“ — wurde Donnerstag abend von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident der Arbeitsgemeinschaft, vorgestellt.

Unter dem Titel „Miteinander — Füreinander“ bilden Fragen der Ehe und Partnerschaft, der Haushaltsgründung, der Freizeit und der Gesundheit die Schwerpunkte der diesjährigen Ausgabe. Im Bereich der Gesundheit wird unter anderem über die Möglichkeit der Familienplanung und einer genetischen Beratung, Schwangerschaft und Geburt informiert. Aber auch Fragen des Mutterschutzes werden behandelt. Weitere Themen sind ferner: Richtiges Wohnen, Stadterneuerung, Partnerschaft und Beruf, Tierhaltung, gesunde Umwelt und richtige Ernährung.

### **Kostenlos erhältlich**

Der neu erschienene Ratgeber wird ab Anfang kommenden Jahres kostenlos in den Wiener Standesämtern erhältlich sein bzw. in den Schwangerenberatungsstellen und Bezirksgesundheitsämtern der Stadt Wien kostenlos aufliegen. Ferner wird diese Broschüre auch seitens der Wiener Gebietskrankenkasse an ihre Patientinnen und Patienten weitergegeben. (Schluß) zi/bs

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR GAAL (SPÖ) über die Sanierung ehemaliger Deponien, erklärte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), die Stadt Wien war das erste Bundesland Österreichs, das einen Altlastenkataster erstellt habe. Dabei wurden 230 Verdachtsflächen festgestellt. Seit 1986 sind sieben Altlasten saniert worden. Für Absicherungsmaßnahmen wurden bereits 500 Millionen Schilling aufgewendet. Für die 1990 durchzuführenden Sanierungen sind weitere 90 bis 100 Millionen notwendig. Der Beitrag des Bundes war bisher mit 1,5 Millionen Schilling sehr gering. Mit dem Inkrafttreten des Bundesaltlastengesetzes am 1.1.1990 werde sich dies ändern. Wien werde ungefähr 50 Millionen einzahlen und in der selben Größenordnung Beiträge erhalten. Weitere 80 Millionen sind im Budget vorgesehen, sodaß künftig insgesamt 130 Millionen Schilling jährlich für die Altlastensanierung zur Verfügung stehen werden, schloß Häupl.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Dr. NEUBERT (ÖVP) nach der Schadstoffbelastung des Grundwassers im Wiener Stadtgebiet, nannte StR. HÄUPL fünf Stoffgruppen, nämlich chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phenole, Bor, Nitrate und Ammonium.

Die DRITTE ANFRAGE von GR ZEIHSEL (FPÖ), ob er bereit sei, alle Straßenflächen, die der Benützung durch Autobus und Straßenbahn vorbehalten sind, auch durch Taxis befahren zu lassen, beantwortete StR. HATZL (SPÖ), mit einem klaren NEIN. Auf die Zusatzfrage nach den Gründen dieser Ablehnung meinte der Stadtrat, dies sei nach der Gesetzeslage gar nicht möglich. Diese Gesetzeslage wolle er aus guten Gründen auch nicht ändern.

Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR Dr. Peter MAYR (ÖVP), ob es richtig sei, daß die MA 19 beauftragt wurde, ein Projekt zur Beleuchtung des „Hollein-Hauses“ auszuarbeiten, antwortete StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), daß Hollein selbst ein solches Konzept für die Beleuchtung der Schaufenster und des Dachbereiches konzipiert, dabei jedoch selbstverständlich darauf geachtet wird, daß keine Konkurrenz zum Stephansdom entsteht.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR Ingrid KARIOTIS (FPÖ), wann mit der Vorlage eines Fahrradkonzeptes für den 9. Bezirk gerechnet werden könne, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß das Konzept bereits der Bezirksvertretung vorgelegt wurde. Es gebe im Zusammenhang damit und wegen der gewünschten Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs auch Einschränkungen für den Individualverkehr. Man dürfe jedoch nicht stets den Vorrang für den öffentlichen Verkehr fordern und gleichzeitig an den Konsequenzen aus dieser Forderung Kritik üben. Der Vorrang für den öffentlichen Verkehr diene zigtausenden Menschen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR KAMMERER (SPÖ), welche Ziele mit dem naturnahen Wasserbau verbunden werden, antwortete StR. Dr. HÄUPL, daß in den letzten Jahren in diesem Bereich ein beträchtliches Umdenken vom betonierten Flußbett zum weitgehend naturbelassenen Hochwasserschutz stattgefunden hat. In den letzten Jahren wurden für Umgestaltungen in Richtung zu mehr Umweltnähe mehr als 100 Millionen Schilling ausgegeben. Weitere Projekte, die jetzt anstehen, werden rund 30 Millionen kosten. Als Beispiele für Rückbauten nannte Häupl unter anderem den Liesingbach, den Wienfluß im Wurzbachtal, die Dürre Liesing, den Lainzer Bach, den Kolbetergraben sowie den Alsbach. Nun werde ein Verfahren zur Verfügung mit Humus erprobt, das ökologisch besser und zudem billiger sei.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), wann mit einem Baubeginn der Heldenplatzgarage zu rechnen sei, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), der Baurechtsvertrag müsse noch im Nationalrat beschlossen werden, danach könne mit den Bauarbeiten unverzüglich begonnen werden. Zwischen Bund und Land Wien gebe es keine offenen Fragen mehr.

Die Garage auf der Freyung, sagte Vbgm. MAYR (SPÖ), auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. STEIER (SPÖ), hat 690 Stellplätze und ist im Jänner 1989 eröffnet worden. Die Errichtungsgesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der Österreichischen Realitäten AG, diese wiederum eine Tochter der Creditanstalt. Die Förderung des Landes Wien habe 30 Prozent der Herstellungskosten in Form eines Kredites betragen, wobei die Höhe der Verzinsung gewinnabhängig ist.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE nach einer Vereinbarung über die Verbauung des Grundstückes der Stadt Wien am Getreidemarkt 2-4, gegenüber der Secession, die GR FUCHS (ÖVP) stellte, sagte Vbgm. MAYR, es gebe keine Vereinbarung diesbezüglich. Er wolle aber, sagte Mayr, entsprechend einer alten Absicht, wonach die Akademie der bildenden Künste auf dieses Grundstück Anspruch habe, diesen Anspruch aber derzeit nicht nützen wolle, bei einer anderen Verwaltung einen jährlichen Ertrag aus dem Grundstück und dessen Verwertung der Akademie zusichern.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR Mag. KABAS (FPÖ), ob er bereit sei, im Interesse der Gesundheit der Wiener Bevölkerung die MVA Spittelau stillzulegen, falls die Abgase die im Luftreinhaltegesetz festgeschriebenen Grenzwerte für Neuanlagen überschreiten, sagte StR. HATZL, an seiner Haltung habe sich nichts geändert, er werde alles tun, was im Gesetz vorgeschrieben ist. Auf eine Zusatzfrage, welche Firmen herangezogen werden sollen, um die Werte zu messen, stellte Hatzl klar, auf alle Fälle eine oder mehrere mit entsprechender Kompetenz. Die Frage, ob er die Ergebnisse der Messungen offenlegen werde, beantwortete Hatzl mit „Selbstverständlich“.

GR SRAMEK (SPÖ) stellte die ZWÖLFTE ANFRAGE, welchen Anklang die Kleinbetriebezuschußaktion im 12. Jahr ihres Bestehens finde. Darauf sagte Vbgm. MAYR, dieses flexible Förderungsinstrument sei nach wie vor sehr beliebt, es werde stark in Anspruch genommen und zeige keine Abnützungerscheinungen. Seit der Gründung habe die Aktion ein Investitionsvolumen von 4,138 Milliarden Schilling ausgelöst.

Die 13. ANFRAGE von GR NEUBERT (ÖVP), welche finanziellen Vorleistungen die Stadt Wien im Hinblick auf eine beabsichtigte Staustufe Wien erbracht habe, beantwortete StR. HÄUPL. Es habe drei Aktivitäten gegeben, die aber von anderen Maßnahmen nicht getrennt gesehen werden könnten: den gemeinsame Wettbewerb „Chancen für den Donaauraum“, die Beurteilung einer Reihe von Studien sowie Fragen bezüglich der Uferumgestaltung. Finanzielle Vorleistungen seien nicht erbracht worden. Auf eine Zusatzfrage sagte Häupl, die Ergebnisse des Probelaufs des geplanten Schlitzwandsystems, das das Wasser regulieren soll, seien ausgezeichnet.

Die 14. ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 15. ANFRAGE von GR PRINZ (FPÖ), wann mit der Gebietsbetreuung für die alten Ortskerne begonnen werde, sagte Stadtrat Dr. SWOBODA, entsprechende Aufträge für Eßling und Strebersdorf wurden bereits erteilt. Auf die Zusatzfrage, welche Maßnahmen vorrangig seien, sagte er, Priorität gelte der Bewältigung der Probleme des Individualverkehrs.

#### **Angelobung einer neuen Gemeinderätin**

Da die Gemeinderätin und 2. Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL (SPÖ) ihr Mandat zurückgelegt hat, wurde Renate WINKLBAUER (SPÖ) als neue Gemeinderätin des Wahlkreises Donaustadt angelobt.

Forts. von Blatt 2911

Forts. auf Blatt 2913

**Mitteilung von Stadtrat Stacher**

Ein Dreiparteiantrag auf Bildung einer Gemeinderätlichen Kommission zur Beratung des vom scheidenden Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) vorgelegten Entwurfes eines Zielplanes für die Gesundheits- und Krankenversorgung in Wien wurde einstimmig angenommen.

In einer MITTEILUNG umriß Gesundheitsstadtrat Stacher den Entwurf des Zielplanes, der alle Bereiche des Gesundheitswesens der Stadt enthalte sowie die Entwicklung der letzten Jahre und die Prognosen bis zum Jahr 2000 berücksichtige. (siehe eigene RK).

Am Schluß seiner Mitteilung zog Stacher eine Bilanz seiner 16jährigen Tätigkeit als Gesundheitsstadtrat. Mit Stolz könne er auf die Verwirklichung der Sozialen Dienste, den Ausbau der Pensionistenheime und der Behindertenbetreuung sowie auf die Psychiatriereform zurückblicken. Auch sei es ihm gelungen, das Projekt des SMZ-Ost zu verwirklichen sowie die medizinischen Strukturen des AKH zu ändern.

Nicht gelungen seien die Dezentralisierung sowie die Änderung der Betriebsorganisation, und er sei auch nicht glücklich darüber, sagte Stacher, daß es nicht gelungen sei, über die nötigen gesetzlichen Regelungen eine Einigung zu erzielen. Er wünsche dabei seinem Nachfolger, einem Juristen, viel Erfolg.

**Dank an Stacher**

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK würdigte das Format des scheidenden Stadtrats Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als Gesundheits- und Sozialpolitiker. Als besondere Leistungen einer Bilanz von 16 Jahren im Dienste der Wiener Gesundheits- und Sozialpolitik nannte Zilk den Aufbau der sozialen Dienste, den forcierten Ausbau der Wiener Pensionistenheime, die Schaffung von vorbildlichen Behinderteneinrichtungen, die zum internationalen Begriff gewordene Psychiatriereform, den Bau des SMZ-Ost, die Gründung der Akademie für Ganzheitsmedizin und die Zielpläne, mit denen Stacher die Basis für die weitere Entwicklung des Gesundheitswesens in Wien geschaffen habe. Es habe auch Rückschläge wie die „Tage von Lainz“ gegeben, sagte Zilk, aber in der Summe seines Wirkens habe Stacher umfassende Leistungen gesetzt, die auch von der Opposition anerkannt werden. Nicht zuletzt sei es auch dem Wirken Stachers zu verdanken, daß die Lebenserwartung in Wien in seiner Amtsperiode um fünf Jahre gestiegen ist. Stacher habe sich auch als Primarius im Hanusch-Spital stets der praktischen Umsetzung seiner Ideen gewidmet, die Nähe zu den Patienten, zu den Menschen, gesucht. Mit ihm scheidet nicht nur ein großer Stadtrat, sondern auch ein großer Mensch aus der Politik, der der Gemeinschaft fehlen werde. In die Geschichte der Stadt Wien werde Stacher als legitimer Nachfolger von Julius Tandler als zweiter großer Gesundheitsstadtrat eingehen.

Anschließend dankte auch der Vorsitzende, GR OUTOLNY (SPÖ), Stadtrat Stacher für seine Leistungen.

Die erste Sitzung des Gemeinderates schloß um 11.20 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2912



## Wiener Landtag

### Fragestunde

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Gemeinderat trat der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eröffnet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Ing. RIEDLER (SPÖ), ob es sich bei dem an den Landeshauptmann von Wien gerichteten Schreiben des Bundesminister Schüssel, vom 22. September 1989 um eine Zusammenstellung von Bundesstraßen, deren Finanzierung gesichert erscheint, oder um ein Diskussionspapier handle, erklärte Landeshauptmann Dr. ZILK, er gehe davon aus, daß die Finanzierung, etwa des Gürteltunnels, gesichert sei und es kein Diskussionspapier ist, auch wenn Bundesminister Schüssel im „Standard“ vom 19. September bereits erklärt habe, daß er sich außerstande sehe, das Projekt der Gürteluntertunnelung zu finanzieren. Er werde in einem persönlichen Gespräch feststellen, ob die schriftlich vorliegende Zusage gelte oder nicht, sagte Zilk. Die Diskrepanz zwischen Wort und Schrift bei Bundesminister Schüssel diskriminiere die ganze Regierung.

Die Stadt Wien beabsichtigt nicht, sich an der Finanzierung des Zentralbahnhofes direkt zu beteiligen, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP). Die Stadt Wien sei aber bereit, für jene Grundstücke, die frei werden, jetztschon Geld zur Verfügung zu stellen. Eine Entscheidung darüber, ob und in welcher Funktion der Westbahnhof erhalten bleibe, sei noch nicht gefallen, der regionale Verkehr solle aber auf alle Fälle in das Verkehrssystem der Stadt eingebunden werden. Über die Verbindungsbahn in Hetzendorf sei mit den ÖBB ebenfalls verhandelt worden, teilte der Stadtrat mit. Durch den Bau des sogenannten Wildschweintunnels unter dem Lainzer Tiergarten könnten 90 Güterzüge aus der Verbindungsbahn herausgenommen werden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), in welcher Weise bei den Verhandlungen mit den ÖBB darauf Bedacht genommen werde, daß der Standort eines künftigen Zentralbahnhofes sich in ein Verkehrskonzept der Stadt Wien einfüge, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), eine Hauptbahnhöflösung sei nur unter Berücksichtigung eines S-Bahn-Ringes, einer Anbindung der Vorortelinie und entsprechender Umlenkungsmaßnahmen bzw. Rücksichten auf Lärmschutz denkbar. Dies habe man den ÖBB mitgeteilt. Der Hauptbahnhof werde allerdings nicht die einzige Haltestelle im Wiener Raum sein, denkbar seien Stationen in Meidling und Auhof, die man mit S-Bahn und U-Bahn-Anbindungen versehen könne. Damit könne man Gürtel und Südosttangente, die durch die Errichtung eines Zentralbahnhofes hauptbetroffen sein würden, entlasten.

Zur Zeit, sagte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Ruth BECHER (SPÖ), liege ein zwischen Wien und Niederösterreich akkordierter 15-A-Vertragsentwurf für die Schaffung eines Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen vor. Ausständig sei noch ein Verhandlungsabschluß mit dem Bund und eine Kostenaufteilung. Darüber hinaus müsse auch eine Einigung zwischen den verschiedenen Bundesministerien im Hinblick auf den Nationalpark Ost erreicht werden. Wien müsse noch ein Landesgesetz zur Schaffung des Nationalparks beschließen, was in zeitlicher Abstimmung mit Niederösterreich, das ein niederösterreichisches Landesgesetz beschließen müsse, geschehen werde, sagte Häupl. Neben den am letzten Stand befindlichen legislativen Vorarbeiten habe man in Wien auch wesentliche materielle Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung eines Nationalparks bereits begonnen.

Die FÜNFTE ANFRAGE, wie groß und wertvoll das Naturwaldreservat Hörndlwald ist und in welchem Zustand es sich befindet, stellte LAbg.

GUTMANNBAUER (SPÖ). Darauf sagte StR. Dr. HÄUPL, der Eichenbestand, der zum Naturdenkmal erklärt worden sei, bestehe aus 8.000 Bäumen auf 30 Hektar. Der Hörndlwald sei als Erholungsgebiet für die Bevölkerung sehr wichtig, und man müsse trachten, die gefährdete Vegetationsform zu erhalten. Manche Bäume seien 160 bis 180 Jahre alt, auch Umwelteinflüsse ließen sich nicht verleugnen. Auf eine ZUSATZFRAGE, ob Maßnahmen zur Erhaltung des Naturwaldreservates getroffen werden, stellte Häupl fest, daß dies seit Frühjahr 1989 geschehe. 6.000 Bäume seien „entmistet“ worden, und 150 Bäume wurden entfernt, um eine Naturverjüngung zu erreichen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), wie sich die stationären Radaranlagen an der Süd-Ost-Tangente bewährt haben, sagte StR. HATZL (SPÖ), wenn diese Maßnahmen mitgeholfen haben, die Geschwindigkeit zu drosseln, hätten sie sich bewährt. Auf eine ZUSATZFRAGE, ob die eingelegten Filme die gewünschten Informationen liefern, sagte er, es habe einige tausend Anzeigen allein in diesem Jahr gegeben. Zur Anregung, die Überwachung nicht seitlich, sondern über der Fahrbahn anzubringen, stellte Hatzl klar, dies sei nicht allein Sache der Stadt, sondern auch der Polizei und des Innenministeriums. Er werde aber anregen, daß entsprechende Tests durchgeführt werden.

Er führe derzeit keine Verhandlungen mit dem Bund zur Frage des Lkw-Transitverkehrs im Wiener Raum, beantwortete StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. PRINZ (FPÖ). Bei einer Enquete im Juni sei aber im Parlament die Stellungnahme Wiens deutlich vertreten worden. Als Beispiel nannte Dr. Swoboda, daß die Verkehrsbelastung auf der A 4 im Bereich Schwechat größer sei als auf der Brennerautobahn. Es sei nötig, einige Straßenverbindungen auszubauen, wobei mit Bundesminister Schüssel und Landeshauptmann Ludwig bereits vereinbart wurde, eine Verbindung zwischen der A 4 und der A 2 im Bereich Vösendorf zu schaffen. Die Varianten werden derzeit geprüft. Er selber, so Swoboda, trete für einen Ausbau und eine Verbesserung der Bahnlinien, etwa Richtung Preßburg, Budapest und Prag ein.

Die Verlängerung der U-Bahn-Linien, der U 6 nach Siebenhirten und in Richtung Franz-Jonas-Platz, der U 3 in Richtung Ottakring und bis zur Simmeringer Hauptstraße sei mit dem Bund grundsätzlich vereinbart. Auch mit den ÖBB wurde der Ausbau mehrerer S-Bahn-Linien, z.B. des Marchegger-Asts grundsätzlich vereinbart. Ein konkreter Zeitplan über weitere Verlängerungen könne derzeit noch nicht erstellt werden.

### **Eveline Andrlík (SPÖ) 2. Landtagspräsidentin**

Nachdem die bisherige Zweite Präsidentin des Wiener Landtages, Gertrude STIEHL (SPÖ), ihr Mandat zurückgelegt hat, wurde Eveline ANDRLIK (SPÖ) einstimmig zur neuen Zweiten Präsidentin des Landtages gewählt. Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN würdigte das Wirken von Präsidentin Stiehl, die sich vor allem große Verdienste in der Kulturarbeit und im Bereich Jugend und Familie erworben habe.

Als Mitglied des Bundesrates wurde Dr. Leopold SIMPERL (SPÖ), und als Ersatzmitglied Elisabeth DITTRICH (SPÖ) gewählt.

### **Gesetzesnovellen**

Einstimmig und ohne Debatte beschloß der Wiener Landtag folgende Gesetzesnovellen in erster und zweiter Lesung:

- die Novelle zum Wiener Bezügegesetz,
- die Novelle zur Besoldungsordnung 1967 und zur Dienstordnung 1966,
- die Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979,
- die Novelle zum Vergnügungssteuergesetz 1987,
- die Novelle des Wiener Veranstaltungsgesetzes,
- die Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz 1987,
- die Änderung der Bauordnungsnovelle 1989,
- und die Änderung des Wiener Pflanzenschutzmittelgesetzes.

Der Landtag schloß um 12.45 Uhr. (Schluß) red

### **Geänderte Verkehrsführung in der Seilerstätte**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Im 1. Bezirk tritt im Rahmen der Neuorganisation des Straßenverkehrs im Stubenviertel mit kommendem Sonntag, 17. Dezember, 9 Uhr früh, eine Änderung der Fahrtrichtung in der Seilerstätte in Kraft: Diese wird zwischen der Singerstraße und der Weihburggasse Einbahn in Richtung Weihburggasse. (Schluß) pz/bs

### **Schule wegen Salmonellen gesperrt**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Ganztagschule in der Leopoldstadt, Aspernallee 5, muß vom kommenden Montag, dem 18. Dezember bis zum Beginn der Weihnachtsferien wegen Salmonellengefahr gesperrt werden.

Nach Auskunft des Gesundheitsamtes sind diese Krankheitserreger nach dem Genuß von Brötchen aus einer Bäckerei in der Nähe des Pratersterns aufgetreten. (Schluß) red/rr

## Zweite Sitzung des Wiener Gemeinderats

### Wahl einer Vorsitzenden

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an den Landtag trat der Gemeinderat wieder zu einer Sitzung zusammen. Anstelle von GR Eveline ANDRLIK (SPÖ) wurde GR Herta SLABINA (SPÖ) als eine der Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates gewählt.

### Wahl eines Stadtrates

GR Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, seine Partei werde den Vorschlag der SPÖ, Dr. Josef RIEDER als Nachfolger von StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER zu wählen, zustimmen. Er wolle damit ein sichtbares Zeichen für eine andere politische Kultur im Umgang der politischen Parteien und der Politiker untereinander setzen. Die Zustimmung sei ein symbolischer Akt, ein Vertrauensvorschuß, der zeigen soll, daß Politik auch anders gemacht werden kann. An den neu zu wählenden Stadtrat stellte Dr. Petrik fünf konkrete Forderungen: Konsequenzen aus der internationalen Expertenkommission, deren Vorschläge konkret auf Umsetzung und Durchführung zu prüfen seien; rasche und konkrete Maßnahmen für die Vorsorgemedizin; Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Spitäler; rascher und massiver Ausbau der Hauskrankenpflege; Ausbau der Rehabilitationszentren.

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, seine Fraktion unterstütze wohl die Wahl von Dr. RIEDER, nicht jedoch seine Betrauung mit dem Gesundheitsressort. Die FPÖ hätte einen Fachmann auf diesem Gebiet vorgezogen.

Vbgm. Hans MAYR (SPÖ) formulierte, Aufgabe des Politikers sei es, für die beamteten Fachleute politische Weichenstellungen vorzugeben. Das von GR Dr. PETRIK abgegebene Signal zur politischen Kultur wolle die SPÖ gerne aufnehmen, denn sie wolle eine andere politische Kultur, als sie in den vergangenen Jahren in diesem Haus zum Ausdruck gekommen sei. Als wichtige Aufgaben für die Zukunft nannte Mayr die Pflegeversicherung, die Neuregelung der sozialen Krankenversicherung und die Überprüfung der Spitzenversorgung in allen Bereichen. Weiters verlangte Mayr eine schärfere Unterscheidung zwischen sachlicher Meinung und persönlicher Integrität — auch bei konträrer Meinung müsse man die Ansichten des politischen Gegners respektieren. In allen Fraktionen arbeiten Mandatare, die zwar verschiedener Weltanschauung sind, sich aber bemühen, für diese Stadt positive Leistungen herbeizuführen, ergänzte Mayr.

### Wahl Dr. Rieders zum Gesundheitsstadtrat

Dr. Sepp RIEDER (SPÖ) wurde mit 93 von 95 abgegebenen Stimmen zum amtsführenden Stadtrat gewählt. Er nahm diese Wahl an und legte das vorgeschriebene Gelöbnis ab. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurde ihm über Vorschlag des Stadtsenates, der in einer Sitzungsunterbrechung tagte, das Gesundheitsressort übertragen.

Bürgermeister Dr. ZILK wies darauf hin, daß die Berufung eines Juristen als Gesundheitsstadtrat keine Ausnahme darstelle. Weder in den österreichischen Bundesländern noch in der BRD, der Schweiz, Frankreich oder Belgien seien Mediziner mit dem Gesundheitsressort betraut. Dies beweise nur, daß die Anforderungen für die Durchführung einer politischen Aufgabe andere seien als jene im rein medizinischen Bereich.

### Änderung eines Flächenwidmungsplanes im 3. Bezirk

GR GAAL (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den Bereich Gänsbachergasse/Schlechtastraße/ Arsenalstraße im 3. Bezirk zu ändern.

Forts. von Blatt 2917

GR PRINZ (FPÖ) kritisierte formale Fehler im Verfahren. Der Bau eines zusätzlichen Obdachlosenheims sei bereits fertig, die Entwicklung habe die Planung nicht nur überrollt, sondern vorweggenommen. Auch der Fachbeirat sei verspätet befragt worden. Die tatsächlichen Begebenheiten, sagte Prinz, seien in den Berichten der Magistratsabteilungen nicht wahrheitsgemäß dargestellt worden, die Zustimmung der Anrainer sei vorausgesetzt worden.

Man könne über die formale Vorgangsweise, sagte GR SEVCIK (SPÖ), verschiedener Meinung sein, habe aber unter Zeitdruck dieses Ersatzobjekt für die gesperrte Gerhardusgasse errichten müssen. Um nichtseßhaften Menschen mit Einbruch des Winters Unterkunftsmöglichkeiten bieten zu können, und in Anbetracht der Tatsache, daß es durch diesen Neubau zu keinerlei Belästigungen der Anrainer komme, habe man diese zugegebenerweise formal nicht ganz richtige, aber im Sinne der Menschlichkeit korrekte Vorgangsweise gewählt.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

#### **Subvention für Rosa-Lila-Tip**

GR KÖNIG (SPÖ) beantragte eine Subvention von 250.000 Schilling für den Verein Rosa-Lila-Tip.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) begrüßte, daß es ein Beratungszentrum für gleichgeschlechtlich veranlagte Menschen in Form des Vereins Rosa-Lila-Tip gebe, kritisierte aber, daß eine im Hinblick auf die Sanierung des Hauses getroffene Vereinbarung, daß keine Aufschrift auf der Fassade des Hauses angebracht werde, vom Verein Rosa-Lila-Tip nicht eingehalten worden sei. Deshalb verweigere die FPÖ ihre Zustimmung.

GR FAYMANN (SPÖ), sagte, er sei froh, daß ein grundsätzlicher Meinungsunterschied über die Notwendigkeit dieser Einrichtung nicht bestehe. Die SPÖ sehe keinen Grund, ihre Zustimmung zur Subvention zu verweigern.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

#### **Subvention für Vereinigte Bühnen Wien**

GR BRIX (SPÖ) stellte den Antrag, für die Vereinigten Bühnen Wien Subventionen in der Gesamthöhe von rund 250 Millionen Schilling zu bewilligen.

Diese Summe bedeute einen überproportionalen Anteil am Wiener Theaterbudget, kritisierte GR GINTERSDORFER (FPÖ). Er sprach sich für eine andere Gewichtung im Kulturbudget aus, etwa für mehr Geld für Literatur. Zu angeblichen Plänen, im Theater an der Wien ein Musical über Freud uraufzuführen, meinte er, würde dieses ein Erfolg, hätten später London oder New York die großen Einnahmen, im Falle eines Mißerfolges würden Steuerzahler zum Handkuß kommen. Da „Les Misérables“ nur noch 50 Prozent der Einspielerwartungen erreiche, sollte man sich die sofortige Absetzung überlegen.

Wenn man sich neueste Zahlen der Vereinigten Bühnen Wiens ansehe, könne man erkennen, welche Aufführungen welchen Subventionsbedarf aufweisen, sagte GR Mag. KAUER (ÖVP). Von den beiden Möglichkeiten „Engagiertes Theater“ oder erfolgreiches „Kommerztheater“ sei Wien einen dritten Weg gegangen: „Subventioniertes Kommerztheater“. Kauer regte an, falls die Musicals tatsächlich so viele ausländische Besucher anlocken sollten, könnte man die Kosten aus dem Fremdenverkehrsbudget und nicht aus dem Kulturbudget bestreiten.

GR HANKE (SPÖ) sagte, man müsse zur Kenntnis nehmen, daß Wien seit kurzer Zeit über drei Häuser der Vereinigten Bühnen verfüge und sich dies im Budget auswirke. Zur Kritik an einem neuen Musical, das vielleicht in Wien Premiere feiern soll, meinte er, es wäre offenbar schlimm für die

Forts. auf Blatt 2919

Opposition, wenn dieses großen Erfolg hätte und den Musicalruf Wiens weiter festigen würde. Es gebe in allen drei Häusern steigende Besucherzahlen, steigende Kartenerlöse, und die Umwegrentabilität sei durch IFES nachgewiesen. Hanke erinnerte an weitere Aktivitäten, etwa an die Errichtung eines neuen Tanzstudios im Theater an der Wien, und man könne stolz darauf sein, daß 631 Beschäftigte einen sicheren Arbeitsplatz mit allen sozialen Rechten haben.

GR BRIX betonte, die langen Kartenvormerkungen seien bester Beweis dafür, wie sehr die Musicals von der Bevölkerung angenommen werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

### **Kanal-, Wasser- und Müllgebühren**

GR Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung der Kanal-, Wasser- und Müllgebühren ab 1. Jänner 1990. Die Kanalgebühren sollen um durchschnittlich drei Prozent, die Wassergebühren um etwas mehr als neun und die Müllgebühren um rund 10 Prozent erhöht werden.

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, bei den vorgesehenen Erhöhungen würde das Prinzip der Kostendeckung außer acht gelassen, die neuen Gebühren hätten den Charakter einer neuen Steuer angenommen. Allein beim Wasser ergibt sich nach dem Rechnungsabschluß 1988 eine Überdeckung von 300 Millionen. Hirschnall kritisierte die Bundesabgabe auf die Müllentsorgung und forderte die Stadtverwaltung auf, danach zu trachten, daß Wien aus diesem Bundestopf sein Geld zurückerhalte.

GR Dkfm. HOTTER (ÖVP) sprach von einer exorbitanten Erhöhung für die Bürger und nannte lineare Erhöhungen, ohne zusätzliche Leistungen anzubieten, eine verfehlte Politik. Die Wassergebühren seien seit 1980 um 66 Prozent gestiegen, während der Verbraucherindex nur um 33 Prozent zugenommen habe, bei den Müllgebühren betrug die Erhöhung in diesem Zeitraum sogar 115 Prozent.

GR Ing. RIEDLER (SPÖ), meinte, die Opposition nehme den Berechnungsschlüssel nicht zur Kenntnis, nachdem nicht nur der Betrieb, sondern Erhaltung, Neuanschaffung und Reparaturen miteinbezogen werden. Diese Vorgangsweise empfehle auch der Rechnungshof. Man könne daher nicht von einer Kostenüberdeckung sprechen. Wien erwarte einen vollen Rückfluß der Bundesabgabe für Wiener Altlastenprojekte. Es gebe sehr wohl Gegenleistungen für die Kunden, meinte Riedler, und verwies auf die Vollversorgung mit Hochquellenwasser und das Funktionieren der Müllentsorgung. Grundsätzlich müsse er festhalten, so Riedler, daß man bei den Kanal-, Wasser- und Müllgebühren eine Kostendeckung anstreben könne, während in den Bereichen Soziales, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Kultur und Familienpolitik Subventionen aus sozialen Gründen immer nötig sein werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

### **Rechnungshofbericht Kulturamt**

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) beantragte, den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Gebarungsüberprüfung der Jahre 1984 bis 1986 des Kulturamtes der Bundeshauptstadt Wien zur Kenntnis zu nehmen.

GR GINTERSDORFER (FPÖ) wies auf Anregungen des Rechnungshofes bezüglich „Grundfragen der Kulturförderung“ hin. In diesem Zusammenhang sei die Schaffung eines Kulturförderungsgesetzes dringend zu diskutieren. Gemäß den Empfehlungen des Rechnungshofes seien dabei die Schaffung von Rahmenrichtlinien für Subventionen und die Einrichtung von Beiräten auf breiterer Ebene zu überlegen.

Forts. von Blatt 2918

Forts. auf Blatt 2920

Forts. von Blatt 2919

GR CZERNY (ÖVP) kam zu dem Schluß, daß der Rechnungshof die gleichen Kritikpunkte wie — seit Jahren — die ÖVP angezogen habe. So gebe es keine Budgetklarheit in bezug auf Förderungen aus dem Kulturschilling, da diese nicht nach Sparten gegliedert seien. Weiters gebe es Doppelfunktionen politischer und beamteter Vertreter der Stadt Wien, die in verschiedenen Funktionen in Vereinen, und damit Subventionsnehmern der Stadt, vertreten seien. Hier sei eine Trennung der Funktionen wünschenswert. Schließlich forderte Szerny auch eine Förderungskartei, um die entsprechende Transparenz auf diesem Sektor zu gewährleisten.

GR RUPANER (SPÖ) entgegnete, daß für den größten Teil der Äußerungen des Rechnungshofes bereits während der Prüfung von der MA 7 entsprechende Antworten und Lösungen angeboten werden konnten. Die von Gintersdorfer geforderten Richtlinien für die Subventionsvergabe könnten natürlich nur die Verwaltung, aber nicht das Fachliche betreffen. Zur Kritik an der von GR CZERNY angezogenen Subventionsvergabe aus dem Kulturschilling sagte Rupaner, daß diese ihrer Widmung „für kulturelle Zwecke“ entsprechend verwendet worden seien. Die Tätigkeit von Vertretern der Stadt Wien in geförderten Vereinen sei durchaus sinnvoll, da damit eine zweckmäßige Einflußnahme und Kontrolle gegeben sei. Rupaner kritisierte im Zusammenhang mit dem Rechnungshofbericht das Vorgehen der Opposition im Mai, die mit Unterstellungen und falschen Behauptungen auf die völlig korrekte Vorgangsweise der Stadt Wien reagiert habe. Abschließend bezeichnete er den Rechnungshofbericht als positives Ergebnis, das den politisch Verantwortlichen und den Beamten ein gutes Zeugnis ausstelle.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

#### **Rechnungshofbericht über Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst**

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte die Kenntnisnahme des Rechnungshofberichtes über die Prüfung des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes für die Jahre 1985 bis 1987. Mayr stellte dazu fest, daß der Deckungsgrad der Kosten bei knapp 50 Prozent liegt. Der relativ geringe Deckungsgrad ist durch den Mechanismus der Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern begründet, entscheidend sei allerdings, daß der Dienst auch dann weitergeführt werden muß, wenn es zu keinen vertraglichen Vereinbarungen kommt. Beim Vergleich des Notarztwagenbestandes zwischen Wien und München konzidierte der Rechnungshof, daß der Rettungsdienst in Wien auch Aufgaben der niedergelassenen Ärzte wahrzunehmen hat.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) zitierte aus dem Rechnungshofbericht, daß die Krankenstandsdauer beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst durchschnittlich höher sei als bei den anderen Mitarbeitern der Spitalsverwaltung. Ein Viertel der Krankenstände im Jahr 1988 sei begründet durch den bevorstehenden Eintritt der Bediensteten in den Ruhestand. In diesem Zusammenhang erinnerte Karin Landauer an die Forderung ihrer Fraktion nach einem gleitenden Pensionseintritt. Der ärztliche Leiter des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes habe normale Einsatzdienste verrechnet, obwohl er nur Kontrollfahrten in den Rettungsstationen durchgeführt habe. Die FPÖ erwarte eine rasche Aufklärung der Angelegenheit durch den Gesundheitsstadtrat. Kritik habe der Rechnungshof auch an der Aufbewahrung von Medikamenten in den Rettungsstationen geübt.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) beklagte die überdurchschnittlich lange Arbeitszeit beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Sie forderte eine Neuregelung der Dienstzeit mit Anpassung des Gehaltsschemas, sodaß es zu keinen Einkommensverlusten des Personals kommt. Die Belastungen des Personals beeinträchtigen dessen Gesundheit schwer. Untragbar seien die langen Wartezeiten der Patienten in Spitälern auf Krankentransportdienste.

Forts. auf Blatt 2921

GR Eveline ANDRLIK (SPÖ) erklärte, daß das Problem der Medikamentschränke bereits gelöst sei. Zur Rechnungshofforderung nach Verringerung der Notarztausfahrten bei Bagatellfällen meinte Andrlík, die Sicherheit des Bürgers stehe im Vordergrund. Man könne den Zustand des Patienten nicht stets eindeutig via Telefon diagnostizieren. Verbesserungen könnte das vom Rechnungshof angeregte Großraumjournal bringen, in dem die Einsätze von Notarzt, Rettung, Krankentransport und Ärztekundendienst zentral koordiniert werden könnten.

ABSTIMMUNG: Einstimmung zur Kenntnis genommen.

### Grundstücksverkauf

GR Mag. Ruth BECHER (SPÖ) beantragte den Verkauf von Grundstücken in Floridsdorf an die AG für Bauausführungen für den Bau eines Nahversorgungszentrums.

GR KIRCHNER (FPÖ) bemängelte die Grundstückstransaktion und erklärte, es sei offensichtlich programmiert, durch die Ansiedlung von Großmärkten die kleinen Gewerbetreibenden zu ruinieren. Überdies seien in zumutbarer Entfernung von dem neu zu errichtenden Großmarkt bereits zwei Großmärkte vorhanden. Seine Fraktion lehne daher diesen Grundstücksverkauf ab.

GR HONAY (SPÖ) erklärte, die Voraussetzungen für die Kritik Kirchners stimmen nicht, da gar kein Großmarkt geplant sei. Der Errichter plane ein Nahversorgungszentrum mit mehreren Klein- und Mittelbetrieben. Er sei daher überzeugt, daß die Errichtung des Nahversorgungszentrums für die Gegend sinnvoll sei.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

### Verkauf einer Liegenschaft im 15. Bezirk

GR HONAY (SPÖ) beantragte den Verkauf einer Teilfläche eines Grundstückes im 15. Bezirk an Ing. Richard LUGNER.

Richard Lugner habe seine Lugner-City nicht entsprechend den Baugenehmigungen gebaut und differente Planungen vorgelegt, sagte GR PRINZ (FPÖ). Mit dem heutigen Liegenschaftsverkauf werde die Durchgangsmöglichkeit in die Geyschlägergasse verbaut, weshalb die restliche Geyschlägergasse zum Hinterhof werde.

Man habe die Problematik dieses Einkaufszentrums, sagte GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), bereits mehrmals diskutiert. Die Lugner-City stelle eine Bedrohung für die Nahversorgung im 15. Bezirk und eine Gefährdung von Kleinbetrieben dar. Darüber hinaus sei eine adäquate Infrastruktur nicht verfügbar und das Verkehrs- und Lärmproblem ungelöst.

Eine Verödung, zum Beispiel der Märzstraße, sagte GR HUBER (SPÖ) sei seit Jahren akut. Die Lugner-City werde auch diesen Straßenzug, so hoffen die Geschäftsleute der Märzstraße, beleben. Eine Verkehrsberuhigung solle im Zuge der Errichtung einer Station der U 3 erfolgen. Man erwarte sich von dem Einkaufszentrum neue Attraktivitäten für den Bezirk.

Mit dem Verkauf dieser Liegenschaft, sagte Vbgm. MAYR (SPÖ), werde die bisher vom Individualverkehr überforderte Geyschlägergasse eine verkehrsberuhigte Sackgasse. Er, sehe das als eine überaus positive Entwicklung, meinte Mayr. Darüber hinaus stelle die Errichtung der Lugner-City rund 500 Garagenplätze zusätzlich für Stadthallenveranstaltungen zur Verfügung. Lugner errichte dort als Privater, auf eigenes Risiko und mit eigenem Kapital, ein Einkaufszentrum, und die Stadt Wien werde ihm dabei nicht im Wege stehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 2920

Forts. auf Blatt 2922



**Rechnungshofbericht über E-Werke**

StR. HATZL legte den Rechnungshofbericht über die Wiener E-Werke zur Kenntnisnahme vor. Er beurteile den Bericht des Rechnungshofes als positiv-kritisch, sagte Hatzl. Er stelle den E-Werken im großen und ganzen ein gutes Zeugnis aus.

GR ZEIHSEL (FPÖ) wertete es als erfreulich, daß die Umweltbelastung in vielen Fällen reduziert werden konnte. Kritikpunkte des Rechnungshofberichtes waren u.a. Stromsonderabnehmervereinbarungen, zu viele Überstunden und zuviel Bürokratie. Zeihsel sprach sich dafür aus, langfristig 100 Dienstnehmer einzusparen und den Repräsentationsaufwand drastisch zu reduzieren.

GR STRATIL (ÖVP) kritisierte, daß dies erst der vierte Rechnungshofbericht seit 1955 sei, mehr Kontrolle und Transparenz seien unerlässlich. Er vermisse in diesem Bericht einige Leistungen der E-Werke an die Verkehrsbetriebe — diese seien den Prüfern offenbar entgangen. Gemeindeeigene Betriebe und Beteiligungsunternehmen sollten künftig eine bessere Behandlung erfahren. Er brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, eine Strompreisregelung zugunsten kinderreicher Wiener Familien einzuführen.

GR Ing. Rolf HUBER (SPÖ) sagte, er habe den Bericht freudig zur Kenntnis genommen. In Richtung Opposition meinte er, man müsse das Ergebnis einer strengen Prüfung auch dann zur Kenntnis nehmen, wenn es einem nicht gefällt. Zum Vorwurf zuvieler Überstunden erinnerte er daran, daß sich beispielsweise schwierige, wetterbedingte Situationen nicht vorhersehen lassen.

StR. HATZL stellte klar, er werde keine Inkassoänderung vornehmen, die von den Kunden nicht gewünscht wird. Er sprach sich gegen eine Privatisierung der E-Werke aus, da durch die Ausschüttung von Dividenden den Kunden beträchtliche Summen verloren gehen würden.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

**Weihnachtsansprache Zilk**

Zum Abschluß der Sitzung des Gemeinderates meldete sich Bürgermeister Dr. ZILK zu der traditionellen Weihnachtsansprache des Wiener Bürgermeisters vor dem Gemeinderat zu Wort. Das Jahr 1989 ist als eines der tiefgreifendsten unserer Zeit zu bezeichnen, meinte Zilk. Was sich in Mitteleuropa abgespielt habe, ist eine Zäsur und ein Wendepunkt in der Geschichte des Kontinents und der ganzen Welt. „Wir waren Zeugen und Beteiligte an dieser Entwicklung, und wir können stolz darauf sein, daß wir an dieser Entwicklung alle zusammen maßgeblich beteiligt waren“.

Wien, unsere Stadt, war einst das Herz Europas und war einmal die viertgrößte Stadt der Welt, und wir haben immer wieder versucht, aus dem engen Kreis auszubrechen, der uns in den letzten Jahrzehnten auferlegt worden war.

Zilk erinnerte daran, wie vor wenigen Jahren die Idee einer Weltausstellung, die von den Vizebürgermeistern Mayr und Busek initiiert wurde, von vielen skeptisch beurteilt wurde. Wir sind damals vor einem Eisernen Vorhang und vor unüberwindbaren Grenzen zu neuen Horizonten aufgebrochen. Und die Entwicklung hat uns allen recht gegeben. Wien war immer eine Stadt des Friedens und der friedlichen Bewegung und Begegnung. Die 1,2 Millionen Ungarn, die heuer Wien besucht haben, sind ein beredtes Beispiel dafür.

Die Ungarn und ihre „Trabis“, die Volan-Busse sind ein Teil des Straßenbildes unserer Stadt geworden, das wir vor einiger Zeit nie zu hoffen gewagt hätten, und in diesen Tagen zeigen hunderttausende Besucher aus der Tschechoslowakei, aus Prag, aus Znaim, aus Preßburg, aus Olmütz

Forts. von Blatt 2921

Forts. auf Blatt 2923

und aus Brünn, wie die lebendige Geschichte sich entwickelt hat. Eine Geschichte, so Zilk, die unüberwindbare Grenzen überbrückt hat. Darauf dürfen die WienerInnen stolz sein und sich freuen.

Noch vor kurzer Zeit haben die Statistiker damit gerechnet, daß Wien um das Jahr 2000 knapp 1,2 Millionen Einwohner haben werde. Diese Prognosen stimmen nicht mehr, und die Entwicklung zeigt uns, daß der Weg, den wir gegangen sind, richtig war, und daß wir die Bemühungen fortsetzen sollen.

Zilk sprach sich für den Ausbau des Bahnverkehrs vor allem in der Ostregion aus. Vor wenigen Jahren noch dauerte die Fahrt von Wien nach Budapest mit der Bahn mehr als vier Stunden. Künftig wird die 2-Stunden-Marke erreicht. In diesem Zusammenhang forderte Zilk den raschen Ausbau der Strecke Wien-Prag-Dresden-Berlin sowie der Strecke Wien-Preßburg.

Zilk kritisierte, daß das Investitionsprogramm der Neuen Bahn nur 27 Prozent ihres Volumens für die Ostregion vorsehe, während hier mehr als 50 Prozent aller Kennzahlen der Wirtschaft erbracht würden, und heute gerade die Ostregion das große politische und wirtschaftliche Hoffungsgebiet Österreichs sei.

Seinen besonderen Dank sprach Zilk dem ÖVP-Landesparteiobmann Dr. Petrik aus. Seine Ausführungen seien von glaubwürdigem Ernst getragen gewesen, und es sei gerade das Kennzeichen der Demokratie, daß man das Trennende frei artikulieren dürfe. Eine Chance, die sich die Mitmenschen in den östlichen Staaten erst mühsam erkämpft haben.

„Es verbindet uns mehr, als uns trennen kann“, sagte Zilk zu Dr. Petrik gewandt, „und dieses Land und diese Stadt sind es wert, dafür zu stehen“.

Als Weihnachtsgeschenk überreichte Zilk dem ÖVP-Landesparteiobmann eine Batmann-Figur.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates schloß um 18.35 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2922